

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



*Moin!*

Im November haben Hanna Naber, Ulf Prange und ich die Auftaktveranstaltung „75 Minuten Klartext“ abgehalten. In Etzhorn haben wir kompakt auf zahlreiche Fragen geantwortet. Ein gelungener Start, der Lust auf mehr macht. „75 Minuten Klartext“ wird jetzt ein regelmäßiges Veranstaltungsformat. Sowohl in Oldenburg als auch im Ammerland.

## 7,2 Millionen Euro pro Jahr für Spitzenforschung vor Ort

### Neues DLR-Institut in Oldenburg

Ein toller Erfolg in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses: Der Bund investiert zusätzlich 7,2 Millionen Euro pro Jahr in die Forschung in Oldenburg. Dabei wird der Bereich Verkehr des Oldenburger Informatik-Instituts OFFIS in den Verbund des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) aufgenommen. So entsteht in Oldenburg ein neues Forschungsinstitut, das bis 2024 auf rund 80 Arbeitsplätze wachsen soll. Das hat der Haushaltsausschuss auf meinen Vorschlag beschlossen.

Das ist ein richtig guter Tag für die Region. Ich habe in den letzten Jahren natürlich viele Gespräche vor Ort sowie auf Landes- und Bundesebene geführt, um diesen Erfolg möglich zu machen. Mein Anspruch und meine

vorderste Aufgabe ist, in Berlin für meinen Wahlkreis zu arbeiten. Daher freue ich mich, dass meine Arbeit als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses sich für meine Heimat bezahlt macht.

Die neue Forschungseinrichtung wird „DLR-Institut System Engineering für zukünftige Mobilität“ heißen und soll am geplanten IT-Campus Oldenburg Flächen für Büros und Labore erhalten. Bereits 2016 wurde auf meine Anregung das damalige Institut Next Energy in Oldenburg als Institut für Vernetzte Energiesysteme ins DLR aufgenommen. Zwei DLR-Institute in einer Stadt: Das ist in ganz Deutschland einzigartig. Damit ist Oldenburg in wenigen Jahren zu einem Leuchtturm der Spitzenforschung geworden.

Am 14. November stand wieder die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses an. Dabei arbeiten wir den gesamten Bundeshaushalt detailliert durch und bessern noch nach. Für Oldenburg und das Ammerland hat sich das wieder einmal richtig gelohnt: Wir nehmen als Bund mehrere Millionen Euro in die Hand und schaffen ein neues Spitzenforschungsinstitut in Oldenburg, sanieren das Landesmuseum Natur und Mensch und gestalten den Schlosspark in Rastede neu. Einzelheiten erfahrt ihr auf den Seiten 1 und 4.

Da dies der letzte Newsletter des Jahres 2019 ist, darf eines nicht fehlen: Ich wünsche euch schöne Weihnachten mit denen, die euch wichtig sind, und ein frohes neues Jahr! Wir sehen uns 2020.

*Ever 101's*

# Das Ende des Solidaritätszuschlags

Abschaffung des „Soli“ für viele beschlossen

Der Bundestag hat in der vergangenen Sitzungswoche einen Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zum Abbau des Solidaritätszuschlags beschlossen. Diesen hatte die Koalition bereits im Koalitionsvertrag verankert. Ab 2021 müssen mehr als 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keinen „Soli“ in Höhe von 5,5% der Einkommensteuer mehr bezahlen. Das bedeutet eine nicht unerhebliche finanzielle Entlastung für viele Menschen in unserem Land. Gerade die Menschen mit mittlerem oder kleinem Einkommen sowie Familien werden von der Entlastung spürbar profitieren.

Und was ist mit den anderen 10 Prozent, also den Reichen in unserem Land? Die bezahlen erstmal weiter. Nur die Superreichen allerdings zahlen tatsächlich noch die volle Abgabe. Das ist auch gut so – haben diese doch die finanziellen Mittel, einen Beitrag zu leisten für unsere Zukunftsinvestitionen. Die CDU hätte es übrigens gern anders gehabt und ausnahmslos alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet – viele CDU-Abgeordnete fordern das auch nach wie vor. Steuergeschenke an Einkommensmillionäre waren mit uns in der SPD-Bundestagsfraktion allerdings nicht zu machen.

Wir folgen mit diesem Beschluss einem – wie ich finde – zentralen Anliegen unserer sozialdemokratischen Politik: Unser Ziel muss es sein, Wohlstand für viele zu ermöglichen, nicht aber Reichtum für wenige. Das ist nicht nur fair, es stärkt auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Der sogenannte „Soli“ wurde als Ergänzungsabgabe zunächst einmalig 1991 und dann ab 1995 unbefristet eingeführt. Sein Zweck war und ist es, die Kosten der deutschen Einheit zu finanzieren. Diese sind auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution noch nicht vollständig abgeleistet.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

## HINTER DEN KULISSEN

# Nachhaltigkeit im Bundestag

Wegwerfbecher im Parlament abgeschafft

2,8 Milliarden Kaffee-to-go-Becher werden alleine in Deutschland jedes Jahr genutzt. Mit anderen Worten: Jeder verbraucht im Schnitt etwa 34 Becher pro Jahr, die dann meist nicht wiederverwertet, sondern verbrannt werden. Und auch der Bundestag mit seinen knapp 6000 Mitarbeitern war dabei bisher keine Ausnahme. Denn besonders mit den Sitzungswochen hält auch der Terminstress Einzug im Hause. Für einen schnellen Kaffee zwischendurch fällt die Wahl oft auf den Kaffee im Pappbecher für unterwegs.

Doch im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes ist nun Schluss mit den Wegwerfbechern. Und das ist auch gut so! Auch der Betreiber der Mitarbeiterkantinen und -cafés im Bundestag, die Firma Dussmann, hat seit Kurzem Alternativen im Angebot: Gegen einen Pfandbetrag von 10 Euro kann man sich jetzt einen Bundestags-Porzellanbecher mit Deckel mit dem Getränk seiner Wahl befüllen lassen. Im Gespräch mit einer Mitarbeiterin des Cafés im Paul-Löbe-Haus wurde uns erzählt, dass viele zu Anfang eher skeptisch waren, mittlerweile aber re-

ges Interesse an der wiederverwendbaren Alternative besteht.

Auch wir im Berliner Büro können diesen Eindruck bestätigen und nutzen seit einiger Zeit unsere Bundestagsbecher. An dieser Stelle möchten wir sehr gerne unter euch einen der wiederverwertbaren Becher aus dem Bundestag verlosen. Wenn ihr Interesse habt, schreibt uns bis zum 31. Dezember eine Mail mit dem Betreff **„Kaffee“** und euren Kontaktdaten an mein Büro unter **dennis.rohde@bundestag.de**. Viel Glück!





10. November – An der Ehrung langjähriger Mitglieder der SPD Eversten mit Minister Olaf Lies habe ich natürlich teilgenommen.



19. November – Mit der SPD Wiefelstede habe ich den Flugzeugbauer Premium Aerotec in Varel besucht, der u.a. 3D-Druck-Technik verwendet.



20. November – Zusammen mit Bürgermeister Jörg Pieper habe ich den Grundstein für die neue Turnhalle in Metjendorf gelegt.



21. November – Der Verein Backyard e.V. hat seine Arbeit vorgestellt und mich durch die beeindruckende BMX- und Skate-Halle im Stadtnorden geführt.

## Kein „Zwang zur Öffnung“ für Vereine

Neuregelung setzt Entscheidung des Bundesfinanzhofs um

Viele von euch haben Medienberichte verfolgt, nach denen Bundesfinanzminister Olaf Scholz „Männervereine“ die Gemeinnützigkeit entziehen will. Doch stimmt das?

Die vielen Engagierten in den Vereinen leisten einen großen Beitrag zum Miteinander. Um dieses Engagement zu unterstützen, gewährt der Staat Vereinen, die als gemeinnützig anerkannt sind, Steuervorteile.

Zugleich hat unser Staat nach Artikel 3 des Grundgesetzes die Pflicht,

die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern – auch im Steuerrecht. Im Jahr 2017 hatte der Bundesfinanzhof (BFH) über die Gemeinnützigkeit einer Freimaurerloge zu entscheiden, die nur Männer als Mitglieder aufnahm. Der BFH hat entschieden, dass ein Verein nicht gemeinnützig sein kann, wenn er ein Geschlecht ohne sachlichen Grund von der Mitgliedschaft ausschließt. Natürlich können auch solche Vereine weiter ihrer Arbeit nachgehen. Der Staat darf sie jedoch nicht steuerlich fördern.

Seitdem hat es verständlicherweise viele Nachfragen von Finanzämtern zur Handhabung und auch in der Praxis ganz unterschiedliche Herangehensweisen gegeben. Deshalb muss der Gesetzgeber diese Unsicherheit beenden und die BFH-Entscheidung umsetzen. Noch befinden wir uns sehr früh im Verfahren, es gibt noch keinen Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums.

**Unsere Vereine vor Ort – etwa die Männergesangsvereine – werden nicht negativ betroffen sein,** da ganz überwiegend schon jetzt sowohl Männer als auch Frauen Mitglied werden können. Bei anderen Vereinigungen, wie etwa Landfrauenvereinen, liegen dagegen gute sachliche Gründe im Sinne der Gerichtsentscheidung dafür vor, nur ein Geschlecht zuzulassen.



**TERMINHINWEIS**



Am 16. November haben Hanna Naber, Ulf Prange und ich die Auftaktveranstaltung unserer Reihe „75 Minuten Klartext“ abgehalten. In Zukunft sind wir regelmäßig in Oldenburg und im Ammerland unterwegs, um kurz und knapp Antworten auf eure politischen Fragen und Anregungen zu geben.

Dabei vergesse ich natürlich auch nicht den Landkreis Cloppenburg, den ich für die SPD-Bundestagsfraktion betreue. Dort findet auch die nächste „75 Minuten Klartext“-Veranstaltung statt, und zwar am

**Mittwoch, den 04.12.2019  
um 18.30 Uhr  
im Traditionshaus Taphorn,  
Auf dem Hook 1,  
49661 Cloppenburg.**

Dort stehen euch Ulf Prange, Jan Oskar Höffmann als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Cloppenburg und ich zur Verfügung. Wir freuen uns auf euch!

## Landesmuseum wird saniert 4,5 Millionen Euro Bundeszuschuss im Haushaltsausschuss beschlossen

Das Landesmuseum Natur und Mensch in Oldenburg erhält einen Bundeszuschuss von 4,5 Millionen Euro zur Sanierung. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf meine Initiative beschlossen. Mit den Bundesmitteln werden das Gebäude für die Sonderausstellungen (Damm 42) saniert sowie die Büroräume im ehemaligen Gebäude des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES, Damm 46) renoviert.

In der letzten Legislaturperiode haben wir die Fassade des Oldenburger

Schlosses mit 125.000 Euro restauriert, im vergangenen Jahr hat der Bund dann 8,5 Millionen Euro für die Neugestaltung des Stadtmuseums bewilligt. Mit der Millionenförderung für die Sanierung des Landesmuseums hat der Bund nun nahezu die komplette Oldenburger Museumslandschaft bezuschusst. Damit wird Oldenburg als touristisches Ziel immer attraktiver und strahlt als Zentrum für Kunst, Kultur und Wissenschaft weit über die Region hinaus. Das ist eine Bestätigung nicht nur für meine Arbeit, sondern vor allem für den Einsatz der haupt- und ehrenamtlich Engagierten in den Museen.

## Bund bezuschusst Schlosspark in Rastede mit 260.000 Euro

Zuschuss folgt auf Palais im letzten Jahr

Der Bund bezuschusst die Neugestaltung des Schlossparks in Rastede mit 260.000 Euro in den nächsten Jahren. Damit folgt der nächste Schritt für Rastede nach der Restaurierung des Palais, die der Bund im Jahr 2018 beschloss.

Im Sommer 2018 habe ich zusammen mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Kahrs, Rastede besucht – daraufhin haben wir einen Zuschuss von 1,44 Millionen Euro zur

Neugestaltung des Palais beschlossen. Schon damals wurde deutlich, dass der nächste Schritt der Schlosspark sein sollte. Ich freue mich, dass wir diesen Zuschuss nun beschlossen und so ein weiteres Zeichen für Rastede gesetzt haben.

Der Schlosspark Rastede reicht bis in die Zeit des mittelalterlichen Klosters Rastede zurück. Geprägt wurde er vom Oldenburger Fürstenhaus, das Rastede zur Sommerresidenz entwickelte.

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

**Berliner Büro**  
Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Oldenburg**  
Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

[www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)  
[facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
[twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)